

DATUM GLOBUS: KOMMENTAR KONGO

Datum Mai 06

Acht Jahre Krieg, fast vier Millionen Tote: Der Kongo-Krieg ist die größte humanitäre Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg. Nun herrscht angeblich Frieden. Im Juni sollen die „ersten freien Wahlen seit 1945“ stattfinden, die von EU-Einsatztruppen gesichert werden sollen. Warum tut das die EU?

Man könnte meinen, aus schlechtem Gewissen: Denn das Chaos in der Demokratischen Republik Kongo (vormals Zaire) ist eine direkte Folge europäischer Politik. Erst wurden 240 Sprachgruppen und mehrere Königreiche in eine Kolonie zusammengewürfelt, die der belgische König einige Zeit lang gar als Privatbesitz führte - inklusive mehrerer Massaker. Dann zogen die Belgier 1959 überstürzt ab und hinterließen ein Land im Chaos, in den die USA und die Sowjetunion um die Wette intervenierten. Von 1961 bis 1997 stützten die Europäer den legendär korrupten Diktator Mobutu, dessen ehemalige Reichtümer in Form von Villen an der Cote d'Azur bewundert werden können. Als es um Mobutu eng wurde, wechselten sie flugs zum nächsten Diktator, Laurent Kabila - und dann zu dessen Sohn Joseph, der nun die neue Verfassung verabschiedete. Zivilgesellschaft, Demokratie? War für die europäische Politik im Kongo nie ein Thema. Die Reichtümer des Landes - von Diamanten über Kupfer bis zum Handy-Bestandteil Coltan - waren wichtiger. Mit korrupten Diktatoren arbeitet es sich eben recht reibungslos.

Wird das nun mit den Wahlen anders? Eher nicht. Die EU-Truppen sichern zwar den Ablauf, ob die Wahlen aber demokratisch ablaufen, ist nicht Gegenstand der Beobachtung. Sonst hätte die EU schon jetzt protestieren müssen: Um anzutreten, muss man eine Kautions von 50.000 Dollar in bar hinterlegen. Ein Durchschnitts-Kongolese muss dafür ein halbes Jahrtausend arbeiten, dementsprechend wurden 41 von 73 Kandidaten ausgeschlossen - darunter die größte Oppositionspartei, die Union für Demokratie und sozialen Fortschritt, die einzige gewaltfreie, zivile Opposition gegen Mobutu und Kabila. Leisten können sich die Kautions offenbar nur die Kriegsparteien, und die stellen auch das Gros der Kandidaten. Unterdessen massakrieren Armee und Milizen weiter: Seit Jänner sind 350.000 Menschen im Osten vor der Armee geflohen, eine der seltenen Aktionen der 17.000 UN-Blauhelmedaten spülte im November 250.000 plündernde Miliz-Kämpfer in die Flüchtlingscamps. Die EU sieht hilflos zu.

Worum geht es also bei der EU-Wahlbeobachtung? Wohl wieder um Geld. Gelten die Wahlen als ordnungsgemäß, setzt die Wiederaufbauhilfe im Kongo ein: Privatisierungen und Infrastrukturinvestitionen, gestützt von Weltbank und IWF, bringen vor allem Verträge für europäische Konzerne, und Sicherheit macht den Abbau der Rohstoffe günstiger.

Der Kongo ist ein Schaubeispiel dafür, wie Europa Afrika zerstört und am Boden hält. Und leider wird sich das mit den Wahlen im Juni kaum ändern.